

Volkswirtschaft.

Gründung einer deutschösterreichischen Bank? Auf dem am 24. d. im Wiener Rathaus abgehaltenen Städtetag gab Hr. Dr. Pittsch aus Villach die Anregung zur Errichtung einer eigenen Notenbank für den neuen deutschösterreichischen Staat. Abg. Kraft wies auf den Stand der Staatsschulden hin, die sich am 2. d. auf 70.664.813.662,50 Kronen belaufen. An dieser Summe ist die Oesterreichisch-Ungarische Bank mit nicht weniger als 24.153.621.180 Kronen beteiligt. Davon wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 1918 volle 10 Milliarden aufgenommen, d. h. die Oesterreichisch-Ungarische Bank hat in dieser Zeit für österreichische Rechnung durchschnittlich 87 Millionen Kronen per Tag an neuen Banknoten ausgegeben. Bringt man dann noch die der ungarischen Regierung gewährten Kredite in Anrechnung, so erreicht man derzeit einen Papiergeldbestand von rund 32 Milliarden Kronen. Vorausgesetzt, daß der tschechische und jugoslawische Staat eigene Notenbanken errichten und zur Notendeckung ein Auslandsdarlehen aufnehmen würden, so könnten diese Banken eigenes Geld ausgeben, das nicht allein durch die staatliche Gewalt, sondern durch Geld und kaufmännische Wechsel gesichert, volle Kaufkraft besitzen würde, wie etwa die holländischen Gulden. Würden die alten Kronennoten dort weiter kursieren, so würde das neue kaufkräftige Geld in die Trüben und Kassen flüchten, denn das gute Geld wird durch das schlechtere verdrängt. Das alte Geld müßte also durch irgend einen gesetzlichen Akt aus dem Verkehr kommen, z. B. Weigerung des Staates, damit Steuerzahlung anzunehmen. In diesem Falle, der aber als höchstunwahrscheinlich gelten muß, weil der eigene Schaden zu groß wäre, würde das alte Kronengeld in unserem Staate einströmen, und zwar gegen Tausch von Warenwerten, also auch Industrie- und Verkehrspapiere, Anteile usw. Die Herabdrückung der Kronennoten hätte dann bei uns eine letzte Hochwelle der Preissteigerung der Waren und damit alle Konsequenzen, Warenmangel, vielleicht auch Hungersnot usw. zur Folge. Deutschösterreich müßte dann notgedrungen eine eigene Notenbank einrichten, um vollständig kaufkräftiges Geld zu haben. Dies Geld würde den Kurs der alten Kronengelder herabdrücken, damit aber auch den Kurs der Kriegsanleihe. Eine gegenseitige Vereinbarung über die Schulden und Geldwirtschaft ist daher für alle neuen Staaten eine zwingende Notwendigkeit, denn jene Staaten, welche weniger Kriegsanleihe haben, besitzen um so mehr Banknoten. Ueber die Verringerung des Notenumlaufes wurden schon viele Projekte in Vorschlag gebracht. Sie alle haben ihre Schattenseiten und entscheidende Beschlüsse sollten daher nur nach Zugiehung von Fachleuten gefaßt werden. Abg. Kraft forderte daher die Städteweretreter auf, die Forderung nach einer deutschösterreichischen Notenbank nicht in ihre Entscheidung aufzunehmen, da es ja noch gar nicht feststehe, ob nicht eine Geld- und Währungsgemeinschaft geschaffen werde, welche die neugebildeten Staaten umfaßt. Der Wunsch nach einer eigenen Notenbank wurde daher nur in einer Eingabe dem Nationalrate zur Würdigung abgetreten.